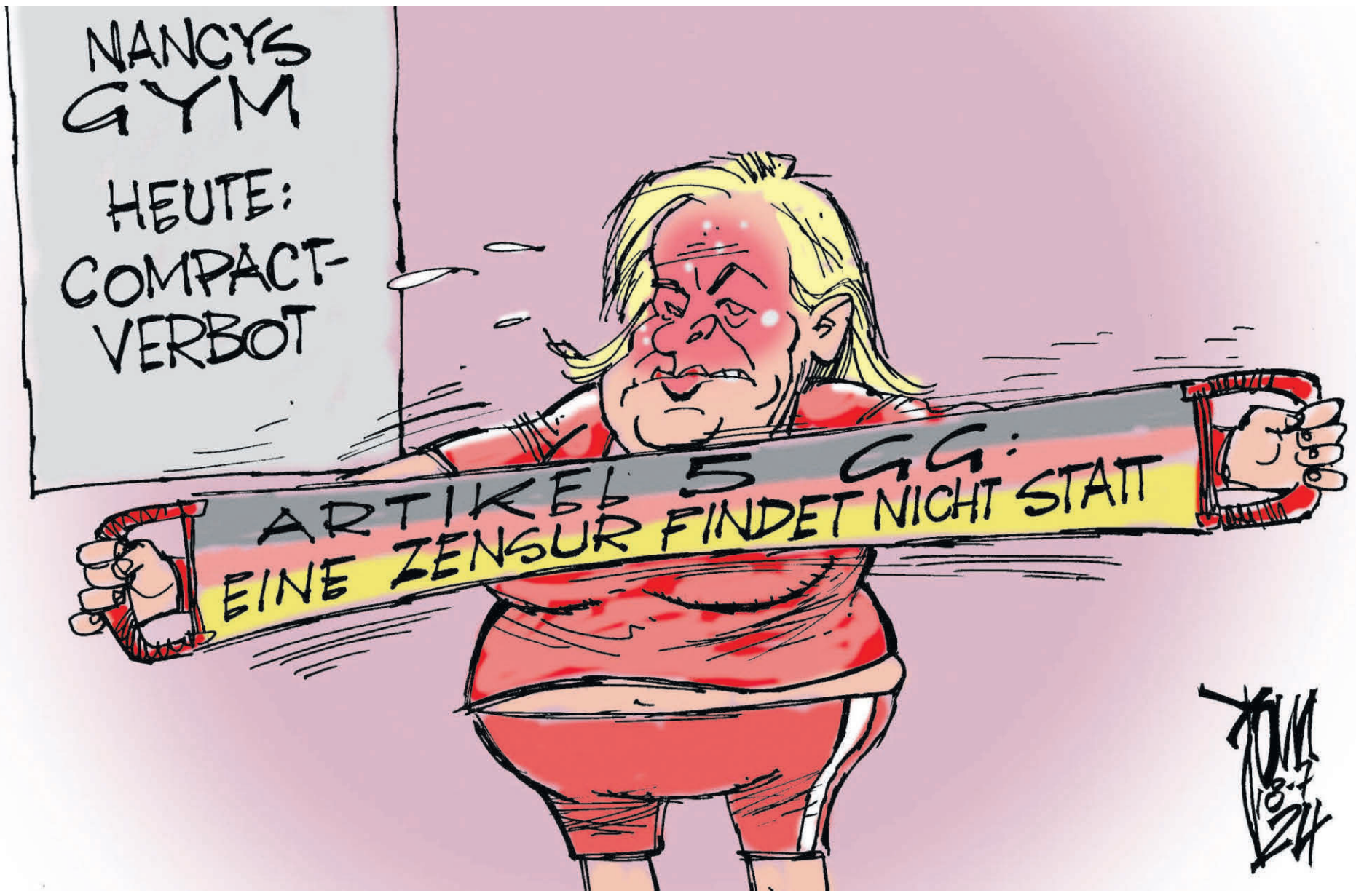

Gummiparagraf?

ZEICHNUNG: JÜRGEN JANSON

Handstreich gegen die Pressefreiheit

Die deutsche SPD-Innenministerin verbietet eine rechtsextreme Zeitschrift. Sie will damit die Demokratie schützen. Doch mit solchen Handstreichen schadet sie ihr, sagt Alexander Will.

Es ist unangenehm: Ausgerechnet eine so dumme wie dreiste, eine so übergeschnappte wie radikale, eine so niederträchtige wie manipulative Publikation wie „Compact“ steht im Zentrum einer Debatte um die Pressefreiheit. Nicht irgendeiner Debatte, sondern einer Debatte um den Kern dieser Freiheit.

Es geht hier am Ende nicht um den konkreten Fall, sondern um das Prinzip. Genau deswegen hat das Bundesinnenministerium einen üblen Schlag gegen die Presse- und Meinungsfreiheit in diesem Lande geführt, der hoffentlich nicht erfolgreich sein wird.

Was ist passiert? Innenministerin Nancy Faeser hat das rechtsextreme Magazin „Compact“ verboten – mit fragwürdigen Argumenten und per fragwürdigem Verfahren. Der Verfassungsrechtler Rupert Scholz: „Verbieten lässt sich ein Medium höchstens, wenn es eine revolutionäre Position vertritt, also zum Sturz der bestehenden Ordnung mit Gewalt aufruft. Das müsste dann aber zu einem Strafverfahren führen.“ Genau das ist aber nicht passiert.

Zudem gilt noch immer, was das Bundesverfassungsgericht 2011 in einem Urteil zur Meinungsfreiheit festgestellt hat: „Der Meinungsäußernde ist insbesondere auch nicht gehalten, die der Verfassung zugrundeliegenden Wertsetzungen zu teilen, da das Grundgesetz zwar auf die Werteloyalität baut, diese aber nicht erzwingt.“

■ **Natürlich ist „Compact“** ein irres, rechtsextremes Schmierblatt, das Werte der Verfassung nicht teilt. Doch auch irre, rechtsextreme Schmierblätter dürfen in einem liberalen Staat existieren. Natürlich will „Compact“ ein anderes Land – nur das wollen „Neues Deutschland“ und „Junge Welt“ auch. Natürlich bestätigen sich via „Compact“ Leute ihre Haltung gegen den deutschen Staat. Nur das geschieht bei diesen linken Publikationen eben auch. Vor allem aber: Das muss eine Demokratie aushalten. Wenn sie so wenig überzeugend ist, dass sie Fringe-Medien wie „Compact“ als existenzielle Bedrohungen betrachtet, sollte sie sich die Frage stellen, warum das so ist – oder ob es Vertretern der aktuellen Mehrheiten schlicht darum geht, sich die totale Meinungshoheit zu sichern.

Der Text zum Anhören, gesprochen vom Autor unter **www.nwzonline.de/podcasts/**

Wahrscheinlich haben 80 Prozent derer, die sich über das Verbot freuen, das Heft nie in der Hand gehabt. Sonst wüssten sie, dass die wahnhaften Texte und Theorien, die dort zu finden sind, höchst begrenzte Wirkung auf einen höchst begrenzten Personenkreis haben, und dass Verleger Elsässer und sein Unternehmen selbst in rechtsradikalen Kreisen umstritten sind.

■ **Formal scheint die Begründung** für das Verbot auf schwachen Beinen zu stehen. Das Ministerium bemüht das Vereinsrecht, um die hohen Hürden des Verbots eines Presseerzeugnisses zu umgehen. Die „Compact GmbH“ ist zwar juristisch auch irgendwie ein Verein, aber vor allem ein Medien-Unternehmen. Für das sind Presserecht und GmbH-Gesetz zuständig. Das werden die Gerichte klären müssen.

Das Rechtssystem aber wurde von der Exekutive hier vollständig ausgeschaltet. „Compact“ wurde noch nie von einem deutschen Richter rechtskräftig wegen eines Meinungsdeliktes verurteilt. Ist Faesers Handeln also verhältnismäßig? Auch das werden Gerichte zu klären haben.

Die Einschätzung des – dem Innenministerium weisungsgebundenen – Verfassungsschutzes für das Verbot eines Mediums ist kein Freibrief. Sie ist im besten Fall ein Argument bei der juristischen Abwägung. Der Verfassungsschutz ist eben keine Staatssicherheit, auch wenn das einige anders zu sehen scheinen. Genau deswegen wird die Entscheidung Faesers hoffentlich von den Gerichten gekippt. Sollte das der Fall sein, muss sie gehen.

■ **Fragwürdig ist es**, dass es tatsächlich auch in den Medien Leute gibt, die das Vorgehen der SPD-Ministerin bejubeln. Das ist kurzsichtig. Was machen die wohl, wenn – lassen wir uns auf ein Gedankenspiel ein – im Jahr 2030 ein AfD-Innenminister NWZ, FAZ oder Neues Deutschland verbietet, weil sie den Staat kritisieren? Dann wird sie niemand schützen, denn der Präzedenzfall ist ja da. Der hohe Schutz der Pressefreiheit ist bereits durchlöchert. Darum: Wehret den Anfängen!

■ **Problematisch an der Chose** ist auch die Form. Früh um sechs Uhr, Polizeiaufgebot, verpennter Verleger im Bademantel und das Ganze wird an willfährige Medien durchgestochen. Ziel: maximale Demütigung. Faeser hat das Mao-Motto verinnerlicht: Bestrafe einen, erziehe hundert. Da entsteht eine Drohkulisse, die jeden betrifft, der es wagt, wider den Stachel zu löcken. Ganz persönlich habe ich mir Meinungs- und Pressefreiheit in der Bundesrepublik anders vorgestellt.

Und ja – das gilt auch für Presseerzeugnisse, die ich selbst nur mit einer Kohlenzange anfasse und deren Positionen und Macher ich verachte. Es geht ums Prinzip: Meinungs- und Pressefreiheit muss über persönlichen Befindlichkeiten stehen. Das gilt auch, wenn die noch so sehr danach verlangen, Ansichten und Äußerungen, die man nicht teilt, zu verbieten.

■ **Genau das ist jedoch ein Teil der deutschen Krankheit:** Zu wenige erkennen und verteidigen den Wert dieses Prinzips, erkennen und verteidigen die Freiheit, erkennen und verteidigen das Recht auf freie Äußerung. All das wird in der Regel nur dann vorgebracht, wenn die Freiheit der Äußerung einer Haltung bedroht ist, die der eigenen entspricht. Geht es gegen Ansichten, Äußerungen und Haltungen, die nicht die eigenen sind, ist Gleichgültigkeit die Regel, häufig sogar der Ruf nach Zensur zur Hand. Das liberale Prinzip – was mir zusteht, steht auch anderen zu, ist in Deutschland schwer beschädigt.

> „Da entsteht eine Drohkulisse, die jeden betrifft, der es wagt, wider den Stachel zu löcken. Ganz persönlich habe ich mir Meinungs- und Pressefreiheit in der Bundesrepublik anders vorgestellt. Und ja – das gilt auch für Presseerzeugnisse, die ich selbst nur mit einer Kohlenzange anfasse und deren Positionen und Macher ich verachte. Es geht hier um das Prinzip.

■ **Was also tun?** Auch eine kluge Linke sollte das hohe Gut der Pressefreiheit als Prinzip verteidigen. Dieses Prinzip schützt auch sie. Der Beifall für das handstreichartige Verbot einer Publikation lässt allerdings daran zweifeln, ob es eine kluge Linke gibt.

Verbote beseitigen zudem keine politischen Haltungen und Überzeugungen. Im Gegenteil. Es stünde den vermeintlichen Verteidigern der Demokratie besser an, Überzeugungs- statt Verbotsarbeit zu leisten. Verbote wie dieses stärken letztlich nicht die Demokratie, sie schwächen sie.

Im Übrigen wäre dieser Text auch so geschrieben worden, handelte es sich bei „Compact“ um eine schmierige linksextreme Publikation.

@ Den Autor erreichen Sie unter **Will@infoautor.de**

Dr. Alexander Will ist Mitglied der Chefredaktion und politischer Kommentator in der Nordwest Mediengruppe. BILD: BICHMANN